

# Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 45  
35. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,  
5. November 1927

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Verkaufspreis beträgt monatlich 10 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Auhler, Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2  
Telefon: Moritzplatz 147 19, 147 20

Geschäftsanzeigen kosten die sechsgerahmte Millimeterzeile oben  
deren Raum 1,20 Mark / Arbeiterbeihilfen 50 Pfennig.  
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

## Wirtschaftslage und Arbeiterschaft.

### Die günstige Konjunktur wird nicht mehr bestritten!

Von Kurt Heilig, M. d. R.

Endlich sind wir so weit. . . ! Allerlei Gespenster und Geisterseher hatten sich in den jüngst vergangenen Monaten viel Mühe gegeben, einen Zusammenbruch der Konjunktur herbeizuführen. Erfreulich ist es, daß die Gewerkschaften jene sogenannten Warnungen und wohl-gemeinten Ratsschläge, die Konjunktur durch Lohnfor-derungen nicht in Gefahr zu bringen, kühl beiseite-geschoben haben. Jetzt ist endlich das, was von unserer Seite immer und immer wieder betont wurde, offiziell anerkannt: Wir haben eine gute Konjunktur, und es ist durchaus nicht notwendig, daß auf sie un-bedingt eine Krise folgen muß! Das Verdienst um diese Feststellung hat sich der Hauptausschuß des Deutschen Reichstages erworben.

Die Sache fing ganz harmlos an. Die Regierungs-parteien wollten ihren Rückzug bei der Beamtenbesol-dungsvorlage einleiten. Es ist ihnen um die materielle Auswirkung ihrer Versprechungen angst und bange geworden, deswegen war es ihnen sehr angenehm, daß der Reparationskommissar dem Reichsfinanzminister über die finanzielle Situation Deutschlands einen Brief schrieb. Den Brief hat allerdings der Reichsfinanz-minister selbst erbeten!

Aus der Kritik an jener agitatorischen Finanz- und Wirtschaftspolitik, die von sozialdemokratischer Seite aus erfolgte, erwuchs für die derzeitige Reichsregierung die Notwendigkeit, zu antworten: Das ist auch des-wegen notwendig geworden, weil damit der Reichsbank-präsident Schacht — einer der oben erwähnten Mies- und Krisenmacher — endlich öffentlich in seine Schranken verwiesen werden konnte.

Der Reichswirtschaftsminister erklärte, daß unsere Konjunktur von der Kaufkraft und von der Kapitalversorgung abhängt.

Die Kaufkraft sei gestiegen. Von dieser Seite sei also die Konjunktur noch auf längere Zeit sicher. Wichtig bleibe nur, daß die Lohnerhöhungen nicht durch die Preisbewegung wieder weggenommen würden. Curtius sagte, daß die Preisbewegung bis-her noch nicht übersteigert worden sei.

Mit der Frage der Kapitalbeschaffung stehe es so, daß wir auf die Zufuhr von Aus-landkapital angewiesen sind. Nach den neuesten Zahlen habe Deutschland bisher (ohne die Dawesanleihe in Höhe von 800 Millionen Mark) im Ausland rund 4 Milliarden Mark langfristigen Kredit aufgenommen. Dazu kommen noch brutto etwa 3,6 Mil-liarden kurzfristige Kredite. Von den langfristigen An-leihen habe die Privatindustrie rund 2 Milliarden Mark aufgenommen. Das Eigenvermögen der Industrie, das ihrer Belastung auf Grund des Dawesplanes zugrunde liegt, beträgt 34,2 Milliarden Mark, demgegenüber sei die langfristige Auslandverschuldung in Höhe von 2 Milliarden Mark für die gesamte deutsche Wirtschaft verhältnismäßig gering! Die Verschuldung bleibe auch dann noch gering, wenn man die kurzfristigen Kredite hinzurechne. Weiter sei zu beachten, daß hinter den öffentlichen Auslandsschulden die Arbeits- und Steuer-traft des ganzen deutschen Volkes stehe!

So, erklärte Curtius, sei es klar, daß unsere Wirtschaft in gar keiner Weise gefährdet, und daß ihre Sicherheit über allem Zweifel erhaben ist.

Der Reichsbankpräsident Schacht möchte diesen ob-jektiven Feststellungen über die Konjunktur und die Lage der Wirtschaft wenigstens einen kleinen Trauer-fuldor umhängen. Aber alle seine Einwände wurden auch im Hauptausschuß des Reichstages skeptisch beurteilt.

Richtig ist, daß wir in Deutschland zurzeit recht hohe Zinssätze haben, daß der Sandler beim Pro-duzenten sich lange Zahlungsfristen aus-

bedingt, daß die Börsenspekulation flau liegt, und daß der Unternehmer auch sonst noch manche Schwierigkeiten hat. Grundsätzlich muß dazu aber fest-gestellt werden, daß es in der privatkapitalistischen Wirt-schaft eine völlig sorgenlose, also eine paradiesische Konjunktur überhaupt nicht gibt. In einer Wirtschaft, die auf spekulative Ausbeutung des Marktes eingerichtet, bei der jeder Betrieb des anderen Feind ist, wird es für den einzelnen Unternehmer auch immer pri-vate Schwierigkeiten geben. Das ändert nichts am Tatbestand der allgemeinen Wirtschaftslage.

Betrachten wir die Tatsachen!

Die ausländischen Kapitalisten, die doch weder Esel noch Phantasten sind, halten es für ein sicheres Ge-schäft, nach Deutschland Geld zu verleihen. So ist jetzt erst wieder in den jüngst vergangenen Wochen rund eine halbe Milliarde Goldmark in Form von aus-ländischen Anleihen nach Deutschland geflossen. Die deutsche Wirtschaft kann dieses Geld gut gebrauchen, sie muß Rohstoffe einkaufen und Löhne zahlen, sie braucht Aufträge auch von der öffentlichen Wirtschaft, und sie vergrößert sich. Der Bedarf an Ware ist eben-falls gewachsen. Innerhalb weniger Monate sind eine Million Arbeiter mehr beschäftigt worden. Sie kaufen jetzt das dringend notwendige Hemd oder ein Paar Stiefel. Bei solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn heute mehr Umlaufmittel benötigt werden als früher.

Die Industrie bekommt ihre Auslandskredite in Form von Devisen. Die Reichsbank, die ihre eigene Wirtschaftspolitik treibt, kauft aber keine De-visen, obwohl die deutsche Mark heute in Gold mehr wert ist als der Dollar! So wandern die Devisen zu den Banken. Wenn dann die Kunden der Banken von ihrem Devisenguthaben Geld abheben wollen, geben die Banken entsprechend Wechsel an die Reichsbank, um dafür deutsche Zahlungsmittel zu erhalten. Die Reichs-bank hat vor dem starken Wechselzufluß Angst bekommen und den Diskontsatz erhöht. Damit ist nichts anderes eingetreten, als daß die Banken ihre Zinsforderungen an die Schuldner erhöhen und die Schuldner ihren Kunden höhere Preise berechnen. Aber die Wirt-schaft ist zum Glück dennoch nicht auf-gehalten worden. Die Warenausfuhr ist weiter gestiegen, die Großindustrie hat weiter Aufträge er-halten, Deutschland ist im allgemeinen nach wie vor auf Monate hinaus voll beschäftigt.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß als ent-scheidender Erfolg der Rationalisierung der Lohn-an teil bei den Gesamtkosten für die Herstellung der Produkte wesentlich gesunken ist. Darüber schweigen die Unternehmer aber gern, wohl schon deswegen, weil mit jener Umbildung der Unkosten die reale Grund-lage für steigende Löhne und Gehälter gegeben ist.

Aber die Bedeutung des Lohnes für die Erhaltung der Konjunktur ist das, was oben als Äußerung des Reichswirtschaftsministers Curtius zitiert wurde, völlig eindeutig. Daß die nominelle Höhe des Lohnes für die Kaufkraft nicht maßgebend ist, wissen heute auch schon die Schulkinder, ihre Eltern haben es in der Inflation aus bitterer Erfahrung erkennen müssen. Es kommt auf die reale Kaufkraft des Einkommens an. Hier können wir in den Schlussfolgerungen aber dem Reichswirtschaftsminister nicht völlig folgen. Er meint, daß die Lohnerhöhungen die reale Kaufkraft deswegen konjunkturbildend sehr stark gesteigert haben, weil die Preisbewegung sich im großen und ganzen nur langsam aufwärts bewegt hat und bewegt. Wir sehen in der Lohnerhöhung und in der Kreditverleierung

sehr große Gefahren für die reale Kaufkraft des Lohnes. Um so mehr Grund haben die Arbeiter, immer wieder zu verlangen, daß die Rationalisierungs-erfolge auch auf der Lohnseite sichtbar werden.

Es gilt aber nicht nur eine Erhöhung des Real-lohnes. Es ist auch hohe Zeit zur weiteren sozia-len Hebung der breiten Massen. Sie haben nicht nur das sachliche Recht auf Steigerung der Löhne, damit ihre reale Kaufkraft erhalten bleibt, sie haben auch das sittliche Recht, ihren Anteil am Sozialerfolg der Wirt-schaft zu vergrößern!

Wir wissen, daß in Deutschland im Freien keine Palmen wachsen, ebenso klar ist uns, daß der Arbeiter nicht allein weiterkommen kann. Die Wirtschaft muß gesund sein. Heute ist aber die Wirtschaft wieder auf guten Beinen. Das ist nicht zuletzt der Erfolg der gewerkschaftlichen und politischen Schulung der Ar-beiter, die doch die Hauptkosten der Inflationszeit und der Not der letzten Jahre zu tragen gehabt haben. Sicher wird es auch in den nächsten Monaten im Einzel-betrieb der Wirtschaft noch manche neue Schwierigkeit geben. Aber das reicht nicht aus, um den Arbeitern einzureden, daß sie jetzt — trotz guter Konjunktur — für ihre Arbeit nicht einige Pfennige mehr bekommen können. Von einer sinngemäßen Erhöhung der Stun-denlöhne entsteht nicht der Stolz, der die Konjunktur erschüttert, daraus erwächst, wie ja auch der offiziell Verantwortliche für die deutsche Wirtschaft, der Reichs-wirtschaftsminister Curtius, erklärt hat, die Kauf-kraft, die die Konjunktur sichert

## Der König Arbeiter.

Von Wilhelm Sollmann.

Als „Bruder Arbeiter“ ist der Proletarier schon vor langen Jahrzehnten in der evangelischen Kirche angesprochen worden. Diese Bruderliebe hat freilich nie gehindert, den armen Mitgläubigen durch das elende Wahlrecht einer Kirchenverfassung, die die königlich preussische noch zu über-bieten suchte, von jeglicher Mitbestimmung im kirchlichen Leben nahezu auszuschließen. Erst das Vordringen des demokratischen Gedankens, den die sozialistische Bewegung in die Massen getragen hat, gab dem „Bruder Arbeiter“ in der Kirche endlich Einfluß.

Befagter „Bruder Arbeiter“ ist nun kürzlich auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß in Düsseldorf zum „König Arbeiter“ ausgerufen worden. Und noch dazu von einem Unternehmersyndikus, dem Herrn Dr. Schlenker, der die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer Rheinlands und Westfalens wahrzunehmen hat. Dieser zarte, milde, evangelische Christ schmelzte geradezu in Poesien über die Majestät des Arbeiters in den modernen Großbetrieben und predigte verzückt: „In den neuzeitlichen Betrieben ist der Arbeiter der König, der Herr der Maschine.“ Immerhin war er vorsichtig genug, hinzuzufügen, daß der „Betriebskönig“ doch wohl noch nicht überall den proletarischen Majestäten mit dem schul-digen Respekt begegnet. Er vergaß leider die kleine, aber wichtige Randbemerkung, daß nicht der Wille des Königs Arbeiter, sondern die Leistungskraft der Maschine das Tempo der Arbeit bestimmt. Ein etwas sonderbares Königtum, das unter der Diktatur rasender Motoren steht!

Die Evangelisch-Sozialen, zu denen Pfarrer und Laien von völkisch-deutschnationaler Gesinnung bis zu Männern beinahe kommunistischer Überzeugung gehören, wollen Wirt-schaft und Politik mit Christentum erfüllen. Programmatisch heißt das so: „Durchdringung des gesamten öffentlichen Volkslebens mit den sozial verschönenden Kräften evangelischen Christentums.“ Ob das möglich sein kann, ist die Frage von Sein und Nichtsein christlichen Glaubens und christlicher Ethik, auch wenn diese Entscheidung nur langsam heranreift.

Wir wollen den Anhängern des Christentums nur die eine Frage vorlegen: Wo macht sich denn eigent-lich in der kapitalistischen Gesellschaft außerhalb der christlichen Predigt, der christlichen Schule und der christlichen Hilfs-tätigkeit Christentum bemerkbar? Weder in der Wirtschaft noch in der Politik ist vom christlichen

Gefühle etwas zu spüren, und zwar gilt das auch für die Kreise, die sich äußerlich zum Christentum bekennen. Wo sind denn christliche Gesinnung und christliche Tat in den Wirtschaftsfaktoren der bürgerlichen Gesellschaft: in den Betrieben des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie? In den Banken, an den Börsen? In den Kartellen, Trusten, Syndikaten? In den Aufsichtsräten, in den Unternehmerverbänden, in den Amtsstuben, in den Sälen der Rechtssprechung? Freilich organisiert sich ein Teil der Arbeiter „christlich“, während, was sehr bezeichnend ist, nirgendwo das Unternehmertum christliche Organisationen hat, aber auch in diesen „christlichen“ Gewerkschaften wird über alles andere geredet und geschrieben als über das Wort Gottes und das Evangelium Jesu Christi.

Von einer Christianisierung der kapitalistischen Gesellschaft ist bisher nichts zu spüren. Der 25. evangelisch-soziale Kongress in Düsseldorf hat erneut gelehrt, daß der Kapitalismus trotz aller Kröhen auch in Zukunft so brutal heidnisch bleiben wird, wie er war und als eine Gesellschaftsform rücksichtslosen Kampfes zur persönlichen Bereicherung auch sein muß. Entscheidend ist doch nicht, was die Generalsuperintendenten, die Präsidenten, Geheimräte, Sozialpastoren, Pastoren, Professoren und andere jenseits des Wirtschaftslebens stehende gesagt haben, sondern wie die Führer der kapitalistischen Wirtschaft sich äußerten.

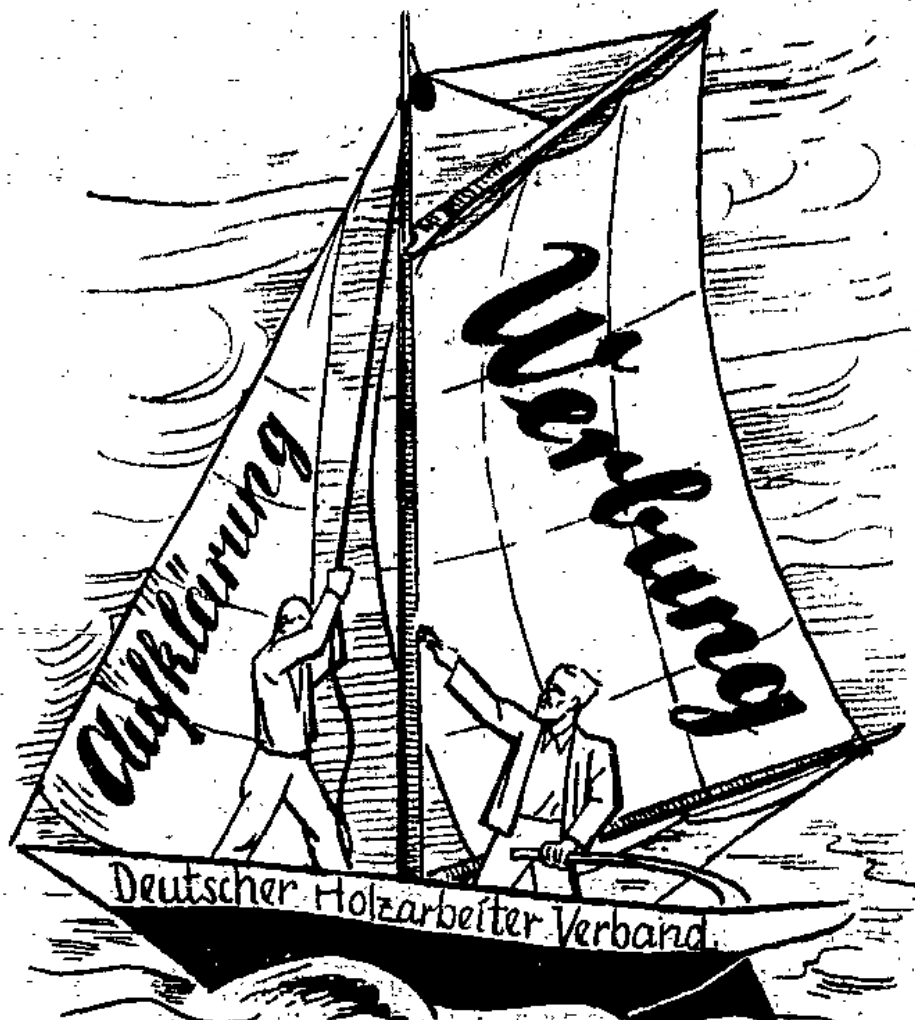
Da war zunächst Direktor Dr. Helmut Poensgen, der auf Grund der Erfahrungen der Vereinigten Stahlwerke die Nationalisierung erörterte. Scharfmacherisch sprach er nicht, aber wo war in seinem Vortrage etwas vom evangelischen Christentum? Die Rede hätte inhaltlich ebenso von jedem freimaurerischen, atheïstischen, jüdischen, mohammedanischen, buddhistischen Unternehmer gehalten werden können. Da wurde weder das Alte noch das Neue Testament, wurden weder die Psalmen noch die Briefe der Apostel herangezogen, sondern Herr Poensgen redete robust über Konjunktur und Wettbewerb, über Produktions-, Preis- und Lohnpolitik. Von christlicher Ethik in seinem Vortrage wie in der gesamten kapitalistischen Wirtschaft keine Spur. Das Unternehmertum lehnt ab, seine Betriebsführung und seine Geschäfte nach den Forderungen christlicher Moral zu betreiben, und die Kirche nimmt es geduldig und verstehend hin. Wenn aber die Arbeiter ohne jede konfessionelle Bindung sich zusammenschließen und notgedrungen dem harten kapitalistischen Druck mit einer ebenso harten Gegenwehr antworten, so entrüstet sich dieselbe Kirche über den „Materialismus“, gründet christliche Berufsvereine — immer nur für Arbeiter! — und predigt den Arbeitern christliche Moral auch im Wirtschaftsleben.

Das Unternehmertum aller Konfessionen weißt auch wenn manchmal das Gegenteil gesagt und da und dort ehrlich gemeint wird, alles Religiöse im Wirtschaftsleben zurück. Dr. Schlenker hat das auf dem evangelisch-sozialen Kongress so ausgedrückt: „In wirtschaftlichen Fragen muß das rein Gefühlsmäßige zurücktreten“ („Köln. Zeitung“ Nr. 652a). Oder wie man gemeinhin sagt: „In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf.“ In Kalkulation und Bilanzen hat das Christentum nicht hineinzuwerden. Nirgendwo machte sich in den Reden der Unternehmer christlicher Geist bemerkbar. Der Breslauer Professor Dr. Rosenstock hatte recht mit seinem Worte, nicht der Arbeiter, sondern der Unternehmer gebe seine Seele in der Garderobe des Betriebes ab. In den Hütten und Bergwerken, in den Fabriken und Bankgewölben herrscht das kalte, bedenkenlose Rechnen ohne jede Rücksicht auf menschliches Schicksal, und nicht etwa die Gefühlswärme echter christlicher Religiosität.

Diese gewiß unerfreulichen, aber ehernen Wahrheiten gilt es zu erkennen, wenn man die Einseitigkeit und das Illusionäre eines programmatischen Ausspruches auf dem Kongress beurteilen will: „Der kirchlich-soziale Bund will den ethischen Sozialismus, im Gegensatz zum marxistischen Sozialismus.“ Das ist, gehoramt zu vermerken, eine kindliche Wortspielerei. Auch der Marxismus, und gerade er, entwickelt eine sozialistische Ethik: die brüderliche Solidarität der schaffenden Menschen aller Länder, die Hingabe an das gemeinsame Kulturwerk, die Überwindung des Profitkampfes durch gemeinnützige Organisation der Wirtschaft, Wissen und Bildung für alle, die danach dürfen, Reichtum für die Gesellschaft und nicht für den einzelnen. Nur glaubt der Marxist nicht, daß eine ausbeuterische Klassenegelschaft wie der Kapitalismus, der den höchstgeheiligsten Egoismus zum Grundgesetz seines Wirtschaftssystems gemacht hat, mit sozialistischer Ethik erfüllt werden könne. Hätten die Evangelisch-Sozialen Ohren zu hören, würden sie die Wahrheit dieses marxistischen Denkens auch auf ihrem Kongress gespürt haben. Denn dort haben ihnen die evangelischen Christen, die kapitalistische Wirtschaftsführer sind, mit dürren Worten gesagt, daß das Christentum und die ethische Gefühlswärme aufhören, wo die Kalkulation beginnt.

„König Arbeiter“? Eine Phrase, sonst nichts. Wir wollen auch keine „Könige“ sein, nie und nirgends. Gewissermaßen wollen wir werden und Kameraden, wollen eine Gesellschaft formen, die nur noch Kameraden kennt, nichts als Kameraden. Sonderbar, wie ungläubig da auf einmal dieselben Christen werden, die sonst an die menschliche Glaubenskraft ihrer übermenschlichen Lagerbedeckung stellen. Sie glauben an den Himmel, aber nicht an die Erde, sie glauben an Gott, aber nicht an seine Schöpfung, die Menschen, und deren irdische Zukunft; sie glauben in Wahrheit auch nicht an das, was sie so oft uns predigen, an das Werden des Reiches Gottes auf Erden.

Mögen das die Christen mit sich ausmachen. Unsere Aufgabe ist, aufzuzeigen, wo hinter den Predigten kein Leben, hinter den frommen Worten keine frommen Taten stehen. Der „König Arbeiter“ wird durch keinen evangelisch-sozialen Kongress zur Freiheit geführt werden. Er kann von den Unternehmern mehr lernen als von den Pastoren: Klarheit des Denkens, nüchternere Überlegung, Einheitslichkeit der Organisation, Machtwillen. Das ist der Weg zum kommenden Reichtum, zwar nicht des Arbeiters, aber der befreiten Arbeit.



*Noch nicht  
die Segel einziehen!  
Stillstehen  
heißt zurücktreiben!*

**Gewerkschaften  
und Unternehmerorganisationen.**

Nach den Feststellungen des vor kurzem erschienenen Jahrbuchs der deutschen Berufsverbände ist das deutsche Unternehmertum auf allen Wirtschaftsgebieten: Industrie, Handel, Bank-, Versicherungs- und Verkehrswesen, nahezu reiflos organisiert. Selbst das kleingewerbliche Unternehmertum und die Landwirtschaft sind hierin eingeschlossen. Diese Tatsache wurde bereits in Nr. 37 der „Holzarbeiter-Zeitung“ eingehend behandelt, so daß es sich erübrigt, sie nochmals durch Zahlen zu belegen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft und ihren sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Bestrebungen eine starke, geschlossene und einheitliche Front der Unternehmer gegenübersteht, der die Arbeiter zurzeit keine gleichwertige Macht entgegenzusetzen haben. In dem Ringen um die Erweiterung ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses sind die Arbeiter organisatorisch von den Unternehmern überflügelt worden.

Das gewaltige Anwachsen der Unternehmerorganisationen und ihre innere Festigung kommen nicht von ungefähr. Zu einem sehr wesentlichen Teil ist dies durch die Entwicklung der Gewerkschaften hervorgerufen worden. Ihre zunehmende Ausbreitung und Stärke nötigte auch die Unternehmer, dem Ausbau ihrer Organisation eine sorgfältig steigende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Doch ist das nur ein Grund neben anderen, die nicht minder bedeutungsvoll sind und von den Arbeitern beachtet werden müssen, wenn sie nicht vollständig in die Defensive gedrängt werden wollen. Insbesondere kommen hierbei die veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des letzten Jahrzehnts in Betracht. Sie haben eine Umwälzung hervorgerufen, die zunächst für das Unternehmertum wenig günstig schien, dagegen den Arbeitern für die Durchsetzung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Forderungen vorübergehende Aussichten eröffnete. Infolge der Uneinigkeit der Arbeiter, der heftigen gegenseitigen Bekämpfung und der dadurch bewirkten unsinnigen Zersplitterung ihrer Kräfte war es den Gewerkschaften nicht möglich, diese günstige Situation so auszunutzen, wie es im anderen Falle hätte geschehen können.

Das Unternehmertum befand sich in einer vorteilhafteren Lage. Richtungsstreitigkeiten der Art wie bei den Arbeitern hat es bei den Unternehmern niemals gegeben. Ebensovienig haben bei ihnen je konfessionelle Gegensätze eine Rolle gespielt. In der Wahrnehmung seiner materiellen Interessen war das Unternehmertum stets einig, weshalb es ihm auch stets gelang, über gewisse, in seinen Reihen auftauchende Gegensätze leicht hinwegzukommen. Trieben diese in den örtlichen oder bezirklichen Verbänden einmal auseinander, so fand man sich doch oben in den Spitzen wieder zusammen, und die Einheit blieb erhalten. Sehr wesentlich fiel ferner ins Gewicht, daß die der Inflation folgende Wirtschaftskrise das Unternehmertum nur wenig berührte, die Arbeiterschaft dagegen außerordentlich benachteiligte und ihre wirtschaftliche Kraft herabsetzte. Wie bei früheren Krisen wirkten diese Verhältnisse auf die Gewerkschaften zurück und machten sich

in dem Zurückgehen ihres Mitgliederstandes bemerkbar, während die Unternehmerorganisationen keine Schwächung erlitten.

Nicht minder wesentlich für das Anwachsen der Unternehmerorganisationen ist jedoch die Umgestaltung der politischen Verhältnisse. Die Organisationsbestrebungen der Unternehmer sind bekanntlich sänger als die der Arbeiter. Unternehmerorganisationen hat es zwar immer gegeben, schon zu einer Zeit, wo die Arbeiter noch gar nicht daran denken durften, sich zu vereinigen, weil die staatlichen Behörden allen dahingehenden Bestrebungen den schärfsten Widerstand entgegensetzten. Doch waren es fast ausschließlich wirtschaftliche Zwecke, die von den Unternehmern verfolgt wurden. Mehr erschien auch nicht nötig, denn um die Arbeiter niederzuhalten und gegen die kapitalistische Ausbeutung widerstandsfähig zu machen, genügte in dem alten Obrigkeitsstaat lange Zeit Polizei und Gerichte in ausreichendem Maße. Diese stellten sich in allen Fällen dem Unternehmertum willfährig zur Verfügung.

Mit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung, die Polizei, Staatsanwälte und Gerichte nicht zu hindern vermochten, trat zwar auch hierin eine Änderung ein. Der Unternehmerabsolutismus mußte sich zu gewissen Konzessionen an die Arbeiter verstehen. Seine Herrschaft wurde zwar eingeschränkt, blieb aber doch für die großindustriellen Unternehmungen mehr oder weniger verhüllt bestehen. In der staatlichen Gewalt besaß er eine Stütze, die ihm in allen kritischen Situationen zur Seite stand und gegenüber den Angriffen der Gewerkschaften eine nicht zu verachtende Hilfe bot. Wie stark das Unternehmertum mit dieser Hilfe rechnete, beweist die Tatsache, daß sich die Reichsregierung noch im Jahre 1914 mit der Absicht trug, die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung durch ein Ausnahmegesetz niederzuschlagen. Die kapitalistischen Scharfmacher forderten ein solches Vorgehen, weil sie der Kraft ihrer eigenen Organisation nicht mehr vertrauten. Die Gewerkschaftsbewegung war ihnen über den Kopf gewachsen. Nur ein Gewaltstreik schien ihre Herrschaft retten zu können.

Der Ausbruch des Krieges verdeckte diese Absicht. Die Regierung wurde in seinem Verlauf gezwungen, die Gewerkschaften mit den Unternehmern als gleichberechtigte Wirtschaftsfaktoren anzuerkennen. Der Zusammenbruch des Krieges vollendete diesen Umschwung, und die Weimarer Verfassung brachte ihn in dem Zugeständnis des Koalitionsrechts an die Arbeiter und die verfassungsmäßige Anerkennung der Gewerkschaften zum jebermann sichtbaren Ausdruck. Die alten Unterdrückungsmethoden konnten gegen die Arbeiter nicht mehr zur Anwendung gebracht werden. Der Staat sowie seine Organe mußten ihm gegenüber eine neutrale Haltung einnehmen, durften sich nicht mehr einseitig in den Dienst des Unternehmertums stellen. In dem neugeschaffenen Staat hatten die Unternehmer nicht mehr von vornherein das Übergewicht, sondern nur noch die Bedeutung, die ihnen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einräumte. Diese Umgestaltung der politischen Verhältnisse haben die Unternehmer sehr schnell, die Arbeiter leider noch nicht in zureichendem Maße begriffen; sehr zu ihrem Schaden!

Das Unternehmertum hat es verstanden, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen und von seinem Standpunkt aus vortrefflich operiert. Es war dazu imstande, weil ihm ganz andere Mittel zur Verfügung standen als der Arbeiterschaft, nicht zuletzt aber, weil es in allen seinen Teilen einig war oder diese Einigkeit herbeizuführen mußte. Das zu erleichtern haben die Angst vor dem roten Gespenst des Bolschewismus und die drohende Sozialisierung nicht wenig beigetragen. Es handelte, während sich die Arbeiterschaft in unfruchtbaren Richtungsstreitigkeiten zersplitterte. Diese Schwächung der Arbeiterschaft nutzte es zu seinem Vorteil aus. Der Not gehorchend gab es zunächst in einigen Punkten nach, machte Zugeständnisse, die es unter dem Druck der öffentlichen Meinung nicht verweigern konnte. Dennoch veräumte es nicht, seine Organisationen um- und auszugestalten, bis die Zeit dafür reif war, sie für seine Zwecke wirksam einzusetzen. Mit welchem Erfolge, das haben die seit der Nationalversammlung stattgefundenen politischen Wahlen sowie deren sozial- und wirtschaftspolitische Auswirkungen gezeigt. Das Unternehmertum hat es erreicht, den neu geschaffenen demokratischen deutschen Volksstaat in seine Hände zu bringen und in ihm zu einer das gesamte Wirtschaftsleben beherrschenden Stellung zu gelangen.

Diesen Erfolg hat das Unternehmertum vor allem der Stärke und vorzüglichen Ausgestaltung seiner Organisation zu danken. Selbstverständlich spielt hierbei auch der Geldbeutel eine Rolle. Er ist aber nicht allein ausschlaggebend, denn letzten Endes kommt es doch auf die Organisation an, die im demokratischen Staate von noch größerer Wichtigkeit ist als vorher. Das müssen die Arbeiter berücksichtigen. Auch für sie liegt die Quelle ihrer Kraft in der Organisation! Nur durch sie vermögen sie wirtschaftliche Macht und politischen Einfluß zu gewinnen. Der Weg, den die gewerkschaftliche Entwicklung bisher genommen hat, beweist das klar und deutlich. Die Gewerkschaften sind auf diesem ihnen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse vorgezeichneten Wege zu einer Macht geworden. Sie üben auf Staat und Wirtschaft einen erheblichen Einfluß aus. Nur reicht dieser, so wie die Dinge liegen, noch nicht aus. Er bedarf vor allem gegenüber dem Zuwachs an Macht des Unternehmertums einer wirksamen und nachhaltigen Stärkung durch den weiteren Ausbau der Gewerkschaften. Diese müssen der Organisation des Unternehmertums nicht nur gleichwertig sein, sondern stärker gemacht werden. Das haben die Arbeiter zu beachten und entsprechend zu handeln! M.

### Die Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die am 30. September und 1. Oktober in Hamburg abgehaltene Jahresversammlung der deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene war von etwa 700 Personen besucht. Neben Vertretern der Reichsregierung und der Regierungen der größeren Länder waren Vertreter zahlreicher Gewerbeaufsichtsbehörden, auch aus dem Ausland, erschienen. Daneben war die Versammlung von Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Unternehmerorganisationen und insbesondere auch von den Gewerkschaften zahlreich besucht. Dieser zahlreiche Besuch der Jahresversammlung ist der Ausdruck für das lebhafteste Interesse, welches der Tätigkeit der Gesellschaft entgegengebracht wird.

Die Gesellschaft für Gewerbehygiene hat keine obrigkeitlichen Befugnisse. In ihr wirken Regierungsvertreter, Wissenschaftler, Unternehmer und Arbeiter zusammen zur Förderung der Gewerbehygiene. Die Anregungen, die von hier ausgehen, betreffen den Arbeiterschutz in der Praxis, und sie beeinflussen in gewisser Hinsicht auch die einschlägige Gesetzgebung. Das Interesse, das der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund den hier in Betracht kommenden Fragen entgegenbringt, findet seinen Ausdruck in der Einrichtung einer gewerbehygienischen Abteilung beim Bundesvorstand, die unter der Leitung eines Arztes, des Dr. Meyer-Brodnik, steht. Dieser konnte in der Jahresversammlung der Gesellschaft auch einige Mitteilungen über die Ergebnisse einer von ihm veranstalteten Untersuchung über die Wirkung des Tragens schwerer Lasten auf die Arbeiter machen.

Die Jahresversammlungen werden ausgefüllt von Vorträgen über einzelne Gebiete der Gewerbehygiene, die meist von Wissenschaftlern gehalten werden. Zum Schluß folgen dann kurze Berichte über neuere wichtige Beobachtungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene. Bei dem großen Umfang des Arbeitsgebietes und der Zusammenfassung der Versammlung ist es erklärlich, daß nicht alle Zuhörer allen Vorträgen das gleiche Interesse entgegenbringen. So waren die Vorträge des ersten Tages, in denen mehrere Wissenschaftler das Thema „Die Bedeutung der Beleuchtung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit“ behandelten, mehr für ein fachlich vorgebildetes Publikum berechnet. Dagegen behandelten die Vorträge über „Hygiene und Gesundheitsgefahren der Werft- und Hafnarbeit und der Arbeit des Heizpersonals auf Schiffen“ Gegenstände, die nicht nur die Interessen der Arbeiter berühren, sondern denen auch nicht fachlich vorgebildete mit vollem Verständnis folgen konnten. An der Aussprache über die Vorträge beteiligten sich u. a. auch Vertreter der Hafnarbeiter und der Seeleute, die den Vortragenden Dank zollten, zugleich aber auf Tatsachen hinwiesen. Ihre Ausführungen wurden als wertvolle Anregungen entgegengenommen. Unter den kurzen Berichten, die diesmal in größerer Zahl gegeben wurden, war eine ganze Anzahl, die allgemeines Interesse erweckten. Sie berührten die verschiedenartigsten Gebiete der Gewerbehygiene. Auch einige Gewerkschaftsvertreter erstatteten in diesem Rahmen vorher angemeldete Berichte.

Beschlüsse werden in den Jahresversammlungen nicht gefaßt, die geschäftlichen Angelegenheiten werden in den Sitzungen des Vorstands und des Arbeitsausschusses erledigt. Aber die Vorträge und die anschließende Aussprache, ebenso auch die Berichte wirken anregend auf die Förderung des Schutzes der Arbeiter vor den Gesundheitsgefahren bei der Ausübung ihres Berufes. Der Gesundheitsschutz dient in erster Linie den Arbeitern. Diese wollen aber auch hier nicht lediglich Objekte sein, sondern tatkräftig mitwirken an der Erkennung der Gefahrenquellen und den Mitteln zu ihrer Beseitigung. Deshalb gehören die meisten Gewerkschaften und auch unser deutscher Holzarbeiter-Verband der Gesellschaft für Gewerbehygiene an. Die wichtigste Rolle spielen in ihr die Wissenschaftler. Sie wirken zusammen mit Unternehmern und Arbeitern. Auch Reichs- und Staatsbehörden, Gewerbeaufsichtsbeamte usw. beteiligen sich an den Arbeiten. So wird durch zweckmäßiges Zusammenwirken in der Gesellschaft erreicht, daß sich die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung auf schnellstem Wege in praktischen Arbeiterschutz umsetzen.

### Gegen die Unterschlagung von Versicherungsbeiträgen.

Das bayerische Justizministerium hat einen recht beachtenswerten Erlaß an die Strafverfolgungsbehörden herausgegeben. Es heißt darin: In der letzten Zeit häufen sich die Klagen darüber, daß nicht nachdrücklich genug strafrechtlich eingeschritten wird, wenn Arbeitgeber vorsätzlich Beitragsanteile, die sie den Beschäftigten einbehalten oder vom Lohn oder Gehalt abgezogen oder von ihnen erheben, der berechtigten Krankenkasse zurückhalten oder nicht für die Invaliden- oder Altersrentenversicherung oder die Angestelltenversicherung verwenden.

Die Paragraphen 533 und 1492 der Reichsversicherungsordnung und § 338 des Angestelltenversicherungsgesetzes drohen in erster Linie Gefängnisstrafe an, neben der auf Geldstrafe und sogar auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Bei mildernden Umständen kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden. Für Geldstrafen, die in diesen Fällen verhängt werden, gilt ganz besonders, was in Nummer 4 der Bekanntmachung zum Geldstrafengesetz vom 3. Mai 1923 über die Bemessung der Geldstrafen gesagt ist. Wenn der Zweck der erwähnten Vorschriften erreicht werden soll, so muß die Geldstrafe von den Straftätern wirklich auch als

Strafmaß empfunden werden. Sie muß ihn auch bei günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen fühlbar treffen, vor allem aber muß sie den Gewinn übersteigen, den er aus seiner Tat gezogen hat. Dies erfordert auch die Rücksichtnahme auf die mit dem Schuldigen in Wettbewerb stehenden Gewerbetreibenden, die ihre Verpflichtungen pünktlich erfüllen, weil sie sonst dem Schuldigen gegenüber im Nachteil sind.



### Zum 9. November!

**Arbeitervolk war zur Freiheit erwacht,  
hat schmählichen Frondienst beendet.  
Einst, im November, da ward es vollbracht,  
Doch in Zukunft, da wird es vollendet!**

**Wir schützen die Sache, wir stehen vereint!  
Denn dem Volk soll die Freiheit erblühen.  
Die Lösung verkündet uns: Rechts steht der Feind!  
Im Kampf soll die Seele uns glühen.**

**Frei ist die Arbeit, gleich ist das Recht!  
Sei des neunten Novembers Vermächtnis.  
Volk, es ruft uns für dich ins Gefecht  
Der geblienen Kämpfer Gedächtnis!**

**Zersplittert die Kronen, vergangen die Zeit  
Der Kasernen, die Menschen entrechtet!  
Ihr Herren von gestern, wir stehen bereit  
Und lassen uns nimmermehr knechten!**

Genning Duderstadt.

Die Staatsanwälte und Amtsanwälte werden infolgedessen ihre Anträge zur Straffrage danach bemessen und auch die Strafverfahren wegen der bezeichneten Verfehlungen mit besonderer Sorgfalt, Umsicht und Beschleunigung behandeln. Die Anwendung des § 153 der Strafprozeßordnung („Übertretungen werden nicht verfolgt, wenn die Schuld des Täters gering ist und die Folgen der Tat unbedeutend sind...“) wird in diesen Fällen nur ganz ausnahmsweise in Frage kommen.

Es wäre zu wünschen, daß derartige Vergehen überall so beurteilt werden; das ist aber anscheinend nicht der Fall. So hat das Schöffengericht in Görlitz einen ehemaligen Landwirt, der 156 Mk. Versicherungsbeiträge unterschlagen hat, zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt und ihm auch noch Teilzahlungen gestattet. Bezeichnenderweise nimmt die „Arbeitgeber-Zeitung“ diesen Fall als Anlaß, um mit großer Wärme für die Unternehmer einzutreten, die sich unrechtmäßigerweise an den Versicherungsbeiträgen bereichern. Die Gewährung von Teilzahlungen sei ein Beweis dafür, daß der Unternehmer gerade noch das Geld für den Nettolohn aufbringe; aber die Versicherungsbeiträge nicht beschaffen könne. Man solle deshalb nicht den unehrlichen Unternehmer schelten, sondern die Soziallasten abbauen. Auf diese Argumentation näher einzugehen lohnt nicht. Diese Verteidigung verbrecherischer Unternehmerpraktiken ist aber bezeichnend für das Scharfmacherorgan. Angesichts solcher Moralauffassung wäre es doppelt wünschenswert, daß der wiedergegebene Erlaß überall Beachtung fände.

### Ferien- und Studienreisen.

Das Allgemeine Arbeiter-Bildungsinstitut in Leipzig, Braustraße 17, II (Abteilung Studien-Ferienreisen), veranstaltet auch im kommenden Jahre eine Reihe von Ferien- und Studienreisen. Um den Teilnehmern die Aufbringung der Kosten zu erleichtern, werden jetzt schon regelmäßige Einzahlungen auf die eingerichteten Reiseguthaben entgegengenommen. Näheres hierüber sowie über die geplanten Reisen enthält der gut ausgestattete Prospekt, der von der angegebenen Adresse gegen Einsendung von 30 Pf. bezogen werden kann.

### Erfolgreicher Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Der Braunkohlenbergbau in den Bezirken Senftenberg, Halle, Zeitz, Kassel und Helmstedt beschäftigt etwa 78 000 Arbeiter. Deren Arbeitsverhältnisse waren all die Zeit her äußerst ungünstig, nicht zuletzt durch die Schuld der Bergarbeiter selbst. Die Organisation war schwach vertreten, ein Teil der Arbeiter lief politischen Wirrköpfen nach, ein anderer Teil wurde von den Unternehmern in die Werkverbände und in den Stahlhelm gezwungen. Die Unternehmer waren auf Grund dieser Zustände in der Lage, den Arbeitern geradezu unmenschliche Arbeits- und Lohnverhältnisse aufzuzwingen. Die Braunkohlenbergarbeiter gehörten zu den schlechtestentlohntesten Arbeitern ganz Deutschlands.

Der Bergarbeiter-Verband hat sich in letzter Zeit mit Erfolg bemüht, die Bergarbeiter wieder für die Organisation zu gewinnen. Anfang Juli forderten die Arbeiter eine Lohnerhöhung. Die Unternehmer waren zu einem Entgegenkommen nur bereit, wenn zu gleicher Zeit eine Preiserhöhung für Braunkohle eintritt. Das Lehnte der Reichswirtschaftsminister ab, und zwar aus sehr triftigen wirtschaftlichen Gründen. Auch als der Bergarbeiter-Verband die Forderung später erneuerte, blieben die Unternehmer bei ihrer ablehnenden Haltung. Die Bergarbeiter rüsteten nun zum Kampf. Nach Ablauf der Kündigungsfrist traten am 17. Oktober die Bergarbeiter mit einer bei ihnen bisher nicht gekannten Geschlossenheit in den Streik. Am ersten Streiktag standen bereits 80 Prozent der Bergarbeiter im Kampf. In den nächsten Tagen nahm die Bewegung einen immer größeren Umfang an, von den 78 000 Beschäftigten streikten 68 000.

Die Wucht, mit welcher der Streik einsetzte, und die Geschlossenheit der Arbeiter haben ihre Wirkung auf die Unternehmer und die Öffentlichkeit nicht verfehlt. Das Reichsarbeitsministerium griff ein, und nach langen und schwierigen Schlichtungsverhandlungen kam es zu einem Schiedsspruch. Der Tarifdurchschnittslohn wird in den Kernrevieren von 5,20 Mk. auf 5,80 Mk. für den Schichttag erhöht. In den anderen Bezirken erhöht sich der Lohn in dem gleichen Verhältnis. Die Lohnerhöhung beträgt 11 1/2 Prozent. Während die Arbeiter dem Schiedsspruch zustimmten, lehnten ihn die Unternehmer ab; sie erklärten auch jetzt wieder, eine Lohnerhöhung sei nur tragbar bei einer gleichzeitigen Kohlenpreiserhöhung. Auf Antrag der Arbeiter erklärte der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch für verbindlich. Zwischen den Tarifparteien wurde eine Vereinbarung getroffen, die die Wiederaufnahme regelte. Maßregelungen dürfen nicht erfolgen. Am 24. Oktober wurde die Arbeit wiederaufgenommen, nur auf einigen Gruben gab es kleine Differenzen.

Die Braunkohlenbergarbeiter haben einen großen Sieg errungen. Hoffentlich halten sie dem Bergarbeiter-Verband nun auch die Treue, denn Voraussetzung jedes Erfolges ist eine starke und geschlossene Organisation.

Die Braunkohlenunternehmer sehen ihre Bemühungen, den Reichswirtschaftsminister für eine Kohlenpreiserhöhung zu gewinnen, nun mit verstärktem Eifer fort. Die Behauptung, ohne Preiserhöhung müßte der Bergbau finanziell zusammenbrechen, ist natürlich ein Bluff. Die Unternehmer verdienen an den heutigen Preisen so viel, daß sie sogar noch höhere Löhne zahlen könnten. Die Braunkohlenindustrie wirft riesenhafte Gewinne ab, das ist eine allgemein bekannte Tatsache. Die Unternehmer möchten nicht nur die Lohnerhöhung reißlos auf die Konsumenten, also in erster Linie auf die Arbeiter, abwälzen, sondern darüber hinaus noch einen Extraprofit machen. Das muß verhindert werden. Der Reichswirtschaftsminister bleibt hoffentlich fest in der Ablehnung der Unternehmerforderung.

### Fernunterricht an der Berliner Wirtschaftsschule.

Die Berliner Wirtschaftsschule hat einen neuen Fernunterrichtskursus eröffnet. Die Teilnahme daran ist unbeschränkt, da der Fernunterricht sowohl der Vorbereitung zu den späteren Lehrgängen an der Schule dient als auch als Selbstzweck für die Teilnehmer gedacht ist. Für solche Gewerkschaftsmitglieder, die damit rechnen, später einmal die Schule selbst besuchen zu können, ist die Teilnahme am Fernunterricht unbedingt von Vorteil und geboten. Anfragen und Anmeldung sind zu richten an die Leitung der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, Berlin-Schmargendorf, Rathaus.

### Für die Senkung der Lohnsteuer.

Die Sozialdemokraten haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 100 auf 140 Mk. im Monat fordert. Außerdem sollen die Freibeträge für verheiratete Steuerpflichtige auf 40 Mk. erhöht werden. Der Antrag stützt sich vor allem auf das Reichsgesetz vom 3. September 1925 über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer. Nach diesem Gesetz ist, wenn die Einnahmen aus der Lohnsteuer in einem halben Jahr 600 Millionen Mark überschreiten, eine Erhöhung des steuerfreien Betrages vorzunehmen. Diese Voraussetzungen des Gesetzes sind durch die Einnahmen in den Monaten April bis September erfüllt. Die Einnahmen in diesem Halbjahr haben statt 600 rund 660 Millionen Mark betragen. Von dem Mehrertrag von 60 Millionen Mark entfallen auf die letzten drei Monate 42 Millionen Mark, auf die ersten drei Monate nur 18 Millionen Mark. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die nächsten Monate einen noch größeren Mehrertrag bringen werden. Aus diesem Grunde muß das gesetzliche Versprechen, das den Lohnsteuerpflichtigen im Jahre 1925 einstimmig gegeben wurde, jetzt eingelöst werden.



# Aus dem Verbandsleben



## Mitteilungen des Vorstandes.

Von den nachstehend aufgeführten Verwaltungsstellen ist die Abrechnung für das dritte Vierteljahr 1927 trotz erfolgter Mahnung bis zum 20. Oktober noch nicht eingegangen: Gau Ostpreußen: Makunischken, Reidenburg, Nikolaiten, Tapiau. Gau Stettin: Acker- münde, Wolgast. Gau Breslau: Neumarkt (Schlesien), Neustadt (Oberschlesien). Gau Leipzig: Auerbach, Schmiedeberg (Bez. Halle). Gau Erfurt: Berga, Kalten- nordheim, Sömmerda, Suhl, Tambach-Dietzhau, Wasungen. Gau Magdeburg: Neuhaldensleben. Gau Han- nover: Lage, Br.-Oldendorf. Gau Düsseldorf: Ahlen, Altena, Vangerberg, Remscheid, Siegen, Wiesdorf. Gau Frankfurt: Fulda, Ortlustadt, Meisenheim, Wörth am Main. Gau Nürnberg: Arzberg. Gau München: Garmisch, Ingolstadt, Wasserburg. Gau Stuttgart: Vödingheim, Omlind, Kornwestheim, Laupheim, Lenzkirch, Mengen, Nürtingen, Schiltach.

Die Ortsverwaltungen in diesen Verwaltungsstellen werden dringend ersucht, für unverzügliche Einsendung der Abrechnung Sorge zu tragen, da sonst die Sperre des Ma- terials und der „Holzarbeiter-Zeitung“ eintritt.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorstand.

## Die Rundschreiben.

Nachdem hier kürzlich von den Fragebogen und ihrer mangelnden Beliebtheit bei vielen Ortsverwaltungen die Rede war, sollen ein paar Worte zu einem ähnlichen Schmerzenskind gesagt werden, zu den Rundschreiben. Es ist keine neue Beobachtung, daß den Rundschreiben des Ver- bandsvorstandes an die Ortsverwaltungen oft nicht die not- wendige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Seinen Grund hat das wohl hauptsächlich darin, daß die Rundschreiben außer- lich die Form der Drucksache aufweisen und daß viele Leute nun mal von der Form auf den Inhalt schließen. „Eine Drucksache?“ sagte einmal ein Bevollmächtigter auf die Frage nach dem Empfang einer wichtigen Mitteilung, „Drucksachen lese ich überhaupt nicht...“ Und bei einer anderen großen Organisation, deren Zentrale ihren Sitz in Hamburg hat, mußte vor einiger Zeit in einer süddeutschen Zweigstelle die Feststellung gemacht werden, daß man dort eine sogenannte „Hamburger Kiste“ hatte, in die alle Rundschreiben und sonstigen Drucksachen der Zentrale umfassen hineingelegt wurden und ein beschauliches Dasein führten. Gewiß, solche Fälle sind selten, aber eine oft gefährliche Gleichgültigkeit gegen alles, was nicht in Form eines persönlichen Briefes kommt, ist leider häufig anzutreffen. Was als Drucksache kommt, wird vielfach achlos beiseite gelegt.

Die Rundschreiben des Verbandes sind aber keine Drucksachen, die in eine Reihe zu stellen sind mit Waren- anpreisungen, Empfehlungen, Angeboten usw., es sind Mitteilungen, Briefe an den Bevollmächtigten, in dem sich für den Verkehr mit der Verbands- zentrale die Ortsverwaltung und damit die Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle verkörpert. Mit den sonst üblichen Drucksachen haben sie nur die äußere Form gemein, sie sind nicht einzeln geschrieben, sondern gedruckt oder auf andere Weise vervielfältigt. Diese Art der Herstellung ist aus tech- nischen Gründen erforderlich, was jeder einsehen wird, wenn er sich vorstellt, daß wir rund 1200 Verwaltungsstellen im Verbandsgebiet haben. Mit der Wichtigkeit des Inhalts eines Schreibens hat diese äußere Form — ob geschrieben, ob gedruckt oder sonstwie vervielfältigt — gar nichts zu tun. In einem Brief an eine einzelne Ortsverwaltung kann eine im Augenblick wohl notwendige, aber im ganzen gesehen doch recht unwichtige Mitteilung enthalten sein.

In einem vervielfältigten Rundschreiben können Mit- teilungen enthalten sein (und sind es auch meistens), die das gesamte Verbandsleben einschneidend berühren. Gerade die Fragen, bei denen die Teilnahme und die Stellungnahme aller Verwaltungsstellen erforderlich ist, sind doch die wichtigsten. Darum dürfen die bei den Ortsverwaltungen eingehenden Mitteilungen niemals danach beurteilt und be- handelt werden, ob sie sich in der äußeren Form eines ge- schriebenen Briefes oder aber eines vervielfältigten Rund- schreibens zeigen, sondern nur nach ihrem Inhalt, das heißt, sie müssen gelesen werden. Wenn dann wirklich mal der Inhalt eines Rundschreibens die eine oder andere Verwal- tungsstelle nicht unmittelbar angeht, dann ist das ja auch noch kein Unglück. Oft läßt sich der Kreis der Verwaltungen, für die ein Rundschreiben bestimmt ist, nicht so genau ab- grenzen, z. B. bei Fragen, die einzelne Branchen betreffen. Da werden dann lieber zwei zueinander als eins zuwenig ver- schickt. Auch werden manchmal mit voller Absicht Rund- schreiben an alle Ortsverwaltungen versandt, welche Fragen betreffen, die unmittelbar vielleicht nur einen Bruchteil der Verwaltungsstellen betreffen. Den anderen dienen sie dann nur zur Information, damit besonders die Funk- tionäre des Verbandes über die Verhältnisse der eigenen Verwaltungsstelle hinaus über die Vorgänge im Verbands- gebiet unterrichtet sind.

Auch die Rundschreiben haben im Verbandsleben ihre wichtige und unentbehrliche Funktion. Die Grundlage des Verbandes sind die in den Verwaltungsstellen zusammen- gefaßten Mitglieder und ihre Organe, die Ortsverwaltungen; darüber erhebt sich der ganze Bau der Organisation, der in der Luft hängen würde, wenn die Grundlage abbröckelte. Aber das Ganze ist kein toter Bau, sondern ein lebendiger Organismus, dessen Gesamtbewegungen und Einzelbewe- gungen genau aufeinander abgestimmt werden müssen. Um diese Einheitlichkeit in den Bewegungen des Organismus zu erreichen, braucht man das, was man die Verwaltung nennt, und was manche so gern Bureaucratie nennen. Bureaucratie ist aber nur entartete, zum Selbstzweck ge- wordene Verwaltung. Verwaltung soll dem Ganzen dienen, soll unten und oben zusammenhalten und in Bewegung halten. Dazu braucht sie die mannigfaltigsten Hilfsmittel, und eines dieser Mittel sind auch die Rundschreiben. o—z.

## Das Ziel ist: „Alle im Verband“



## Ablauf eines Tarifvertrages für die Korb- wahrenarbeiter.

Zwischen den Unternehmerverbänden der Korbwaren- industrie und den Holzarbeiterverbänden ist am 12. Sep- tember ein Tarifvertrag für die Heimarbeiter des fränkischen Korbmacherbezirks abge- schlossen worden. Der Geltungsbereich erstreckt sich auf alle Heimarbeiter, Hausgewerbetreibenden und Meister (Herstellere) des Korbmachergewerbes in den Regierungs- bezirken Ober-, Mittel- und Unterfranken einerseits und ihren Arbeit- und Auftraggebern (Abnehmer), gleichviel wo diese ihren Wohnsitz haben, andererseits.

Der Tarifvertrag legt Mindestpreise fest, die sich nach den Berechnungspreisen für die Roh- und Hilfsstoffe richten. Es bestehen Mindestpreise für Korbindustrielle und Großhändler, die ausschließlich an Wiederverkäufer liefern, und für Einzelhändler und Warenhäuser, die direkt an den Konsumenten verkaufen. Die Mindestpreise verstehen sich rein netto und dürfen auch bei geringer Qualität nicht unterschritten werden, jedoch steht dem Abnehmer frei, minder- wertige Ware zurückzuweisen.

Für die Roh- und Hilfsstoffe werden Höchstberechnungs- preise festgesetzt, die nicht überschritten werden dürfen. Werden die Roh- und Hilfsstoffe billiger geliefert, so stellen die Hersteller die Roh- und Hilfsstoffe selbst, oder dürfen die Mindestpreise nicht unterschritten werden, gleich- viel, zu welchen Preisen sich der Hersteller die Roh- und Hilfsstoffe beschafft.

Die vertragsschließenden Organisationen verpflichten sich, ihre Mitglieder regelmäßig auf Einhaltung der Mindest- preise zu kontrollieren und Verstöße zur Kenntnis des Fach- ausschusses zu bringen. Im allgemeinen liegt die Kontrolle über die Einhaltung der Mindestpreise und Vorschriften des Hausarbeitsgesetzes dem Fachausschuß bzw. der Gewerbe- aufsicht ob.

Mit Leifhainan Sinfar Nummer 11  
An 45. Dorfambirung soll...

Alle dem Tarifvertrag unterworfenen Personen sind ver- pflichtet, Verstöße gegen die Bestimmungen, die zu ihrer Kenntnis kommen, dem Fachausschuß zur Anzeige zu bringen. Der Fachausschuß kann bei Verstößen gegen die Mindest- preise laut § 87 HGB. Bußen bis zum Fünffachen des Minderbetrages und bis zum Zehnfachen im Wiederholungs- falle verhängen. Zuwiderhandlungen gegen den Aushang der Mindestpreise und die Aushändigung von Lohnbüchern oder Lohnzetteln nach § 51 HGB. können mit Geldstrafen bis zu 150 Mk. bestraft werden.

Aber die Versicherungspflicht und den Steuerabzug be- sagt der Tarifvertrag: Die Heimarbeiter und Hausgewerbe- treibenden unterliegen 1. der Krankenversicherung, 2. der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, 3. der Arbeits- losenversicherung, 4. dem Steuerabzug vom Arbeitslohn. Die Abnehmer haben sich bei den zuständigen Versicherungs- und Finanzämtern über die einschlägigen Bestimmungen zu unterrichten und diese genau zu beachten. Unterlassungen und Zuwiderhandlungen ziehen Strafverfolgungen nach sich.

In drei Anhängen zum Tarifvertrag sind Mindestentgelte für die gangbarsten Korbmöbel festgesetzt. Die Vertrags- parteien haben beim Fachausschuß des Korbmachergewerbes die Allgemeinverbindlicherklärung des Vertrages nebst An- hängen beantragt. Wir hoffen, daß diesen Anträge recht bald entsprochen wird. Denn dieser Tarifvertrag ist ein erfolgversprechender Weg zur Gesundung der Korb- warenindustrie in Franken.

## Streik der Perlmutterarbeiter in Udorf.

Für die Perlmutterwarenindustrie in Udorf und Bram- bach (Vogtland) war ein Schiedspruch gefällt worden, der von den Unternehmern aber abgelehnt wurde. Da auch neue Verhandlungen zu keiner Verständigung führten, kam es zum Streik. In Frage kommen etwa 90 Beschäftigte.

## Neues Lohnabkommen für die Stodarbeiter in Berlin.

Nach einer Lohnvereinbarung mit dem Arbeitgeberver- band der Stodfabrikanten werden die bestehenden Löhne ab 1. Oktober um 8 Prozent erhöht mit der Maßgabe, daß der Durchschnittslohn für Facharbeiter mindestens 1,20 Mk. be- trägt. Am 1. Januar 1928 erfolgt eine weitere Erhöhung von 8 Pf., damit steigt der Durchschnittslohn auf 1,28 Mk.

## Zeulenroda in Thüringen.

Unser Ort mit seiner umfangreichen Möbelindustrie ist heute wie in der Vorkriegszeit wieder das Ziel vieler reisender Kollegen. Wir begreifen es, daß die Kollegen nach langer Arbeitslosigkeit und langer Wanderschaft froh sind, wieder Beschäftigung zu finden, wieder in einen guten Be- trieb zu kommen. Aber das ist hier selten der Fall. Die meisten zureisenden Kollegen umgehen den Arbeitsnachweis und noch häufiger die Ortsverwaltung. Unstimmigkeiten in der Kollegenschaft, Lohnunterbietungen, Lohnruud und sehr oft die größten Enttäuschungen für die zureisenden Kollegen sind die Folgen. Die Unternehmer suchen in auswärtigen Zeitungen Arbeiter, Tischler, vorwiegend Polsterer, und stellen hohe Verdienstmöglichkeiten in Aussicht. Wenn die Arbeiter eingestellt sind, heißt es: Den Mindestlohn können Sie be- kommen, mehr zahlen wir nicht. Da nun die Kollegen einmal hier sind, arbeiten sie auch für den Mindestlohn. Nur in den Großbetrieben wird der Vertrag eingehalten. Aber einige Betriebe tut eine öffentliche Aufklärung aber dringend not. Die Möbelfabrik Karl Hilpert zahlt nur den Mindestlohn, nur einige wenige Kollegen erhalten den Durchschnittslohn. Für Überstunden wird kein Zuschlag bezahlt. Auch in bezug auf die Akkordpreise werden die tariflichen Bestimmungen nicht eingehalten. Ähnlich so liegen die Verhältnisse in der Möbelfabrik Fr. Hausold. Kollegen, die dort anfangen, fallen ganz sicher rein. Ein Musterbetrieb ganz besonderer Art ist die Möbelfabrik Erwald Ziehm. Mit dieser Firma hat sich das Arbeitsgericht ständig zu beschäftigen. Die Möbelfabrik Emil Weise zahlt den jungen zureisenden Kollegen 50 Pf. Stunden- lohn. Zu alledem kommt noch der Umstand, daß die Kollegen die hiesigen Arbeitsmethoden nicht kennen. Meist sind die fremden Kollegen noch an handwerkliches Schaffen gewöhnt, haben oft nur weiße Arbeit angefertigt und kommen dann in Zeulenroda nicht mit fort. In der Zeulenrodaer Möbelindustrie ist die Maschinen- und Teilarbeit bis ins kleinste durchgeführt, die Kollegen sind auf bestimmte, immer wiederkehrende Arbeitsvorgänge eingefucht. Erwähnt muß noch werden, daß die Betriebe, meistens kleine Kräfte, ehe- malige Kollegen, wie Pilze aus der Erde schießen. Die „Unternehmer“ pumpen sich von irgendwem ein wenig Geld, das meistens kaum ausreicht zur Anschaffung der aller- nötigsten Werkzeuge, aber man ist selbständiger Kräfte. Nun wird 14 Stunden und noch länger gearbeitet. — Wir hoffen, daß diese Tatsachen die Kollegen im Reich veranlassen werden, wenn sie nach Zeulenroda kommen, nicht wahllos in die Betriebe zu laufen, sondern ihr erster Weg muß sein zur Ortsverwaltung. Hier erhalten sie Rat und Hilfe.



# Holzindustrie



## Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie.

Der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie hatte Anfang Oktober in Stuttgart eine große Tagung, seine neueste Mitgliederversammlung. Vorsitzender dieser etwa 5000 Mitglieder zählenden Unternehmerorganisation ist der Fabrikbesitzer Gustav Berger (Wiesbaden). Was die Holzindustriellen veranlaßt, Herrn Berger an die Spitze ihres Verbandes zu stellen, ist ein Rätsel. Über die Qualitäten des Herrn Berger ist sich nämlich alle Welt einig: Berger ist vielleicht ein mittelmäßiger Schlichtkönig, aber kein Vorsitzender eines zentralen Wirtschaftsverbandes, sagte uns einmal ein bekannter und führender Unternehmer. Was Gustav Berger für ein Geist ist, zeigt seine Begrüßungsansprache in Stuttgart. Vorstand und Hauptaufschuß des Wirtschaftsverbandes der Holzindustrie hatten beschlossen, Hindenburg zu seinem Geburtstag ein Telegramm zu senden. Berger hat die Mitgliederversammlung um Zustimmung zu diesem Beschlusse, und dabei führte er, nach der „Holzindustrie“, aus: „Wir haben uns aus vaterländischen Motiven für verpflichtet gehalten, dem Mann, der in schwerster Kriegszeit der Retter des Vaterlandes war, der uns von Sieg zu Sieg geführt hat und dem man das Schwert aus der Hand schlug, zu einer Zeit, als der Sieg noch an unsere Fahnen geheftet werden konnte, der sich selbst überwinden, sich in den Dienst unseres Vaterlandes als Mann und als Held bis zum letzten Augenblick gegeben hat, als echter deutscher Mann, unsere Dankbarkeit auszusprechen.“

Wenn Herr Gustav Berger auch nur die Qualität eines mittelmäßigen Schlichtkönigs hat, so viel sollte er doch wissen, daß Hindenburg das „Schwert nicht aus der Hand geschlagen wurde“, denn Hindenburg und Ludendorff forderten schon Anfang Oktober 1918 Frieden um jeden Preis. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat damals auf Grund seiner genauen Kenntnis der Dinge festgestellt: „Die Erschütterung des letzten Restes von Siegeswillen, die ist ausgegangen von der Obersten Heeresleitung und von niemand anders. . . Die anders reden und schreiben, betrügen das deutsche Volk.“ Die geschichtliche Wahrheit sieht also etwas anders aus als das Geschwätz des Gustav Berger. Und was Hindenburgs Heldentat als Generalfeldmarschall anbetrifft, so sehen die Tatsachen auch hier anders aus als die frommen Erzählungen satter Heimkehrer. Major a. D. Mayr, ehemals Erster Generalstabsadjutant des bayerischen Alpenkorps, hat kürzlich geschrieben: „Die Wahrheit ist, daß es in der ganzen Weltgeschichte keinen zweiten Feldherrn gibt, der mit schwersten Mißgriffen detart belastet ist wie Hindenburg. . . Ein Feldherrngentius ist er sowenig wie ein staatsmännischer Wegführer.“

Der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie hat sich auf seiner Tagung fast mit allen wichtigen Tagesfragen der Holzverarbeitenden Industrie beschäftigt. Das geschah in einem Vortrag des geschäftsführenden Vorstandsamitgliedes Baum über „Die Bedeutung der Holzverarbeitenden Industrie im deutschen Wirtschaftsleben und ihre Einstellung zu wirtschaftspolitischen Tagesfragen“. Herr Baum ist der eigentliche Führer, seiner Rührigkeit verdankt der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie seinen Aufstieg und sein Ansehen in der Öffentlichkeit. Herr Baum unterschied sich von anderen Syndikatsführern dadurch, daß er nicht Behauptung auf Behauptung aufstellte, sondern er bemühte sich, bei seinen Ausführungen mit den Tatsachen im Einklang zu bleiben. Heute legt er darauf keinen großen Wert mehr. In Stuttgart hat er seinen Zuhörern viel über die Steuerlasten der Unternehmer erzählt, dabei stützte er sich auf Zahlen aus dem Jahre 1925! Daß die Steuern inzwischen eine fühlbare Ermäßigung erfahren haben, weiß Herr Baum natürlich so gut wie wir, trotzdem benutzt er diese schon damals, und heute erst recht, falschen Zahlen als Beweis für seine Behauptung von der „untragbaren Steuerlast“. Auch seine Ausführungen über die „hohen Soziallasten“ sind von der gleichen Güte.

Herr Baum ist sehr ungehalten darüber, daß wir uns für den Zollabbau einsetzen. Nach der „Holzindustrie“ hat er ausgeführt: „Erstaunlicherweise entfaltet der Holzarbeiter-Verband in der letzten Zeit wieder eine rege Propaganda für den Zollabbau. Er erweist damit seinen eigenen Leuten einen schlechten Dienst und sät gewissermaßen den Aft ab, auf dem sie sitzen. Wir könnten ja getrost auf die Zollabbauwünsche der Gewerkschaft eingehen, wenn diese sich mit dem Lohn abfinden will, den ihre Kollegen in Polen, der Tschechoslowakei und in den anderen östlichen Konkurrenzländern erhalten. Wenn wir in der Lage wären, unsere Löhne auf das dortige Niveau, also um etwa 50 Prozent, zu senken, dann würden unsere Herstellungskosten und damit auch die Preise unserer Erzeugnisse sich wesentlich ermäßigen, und um dasselbe Maß könnten die Zölle gesenkt werden.“

Wenn Herr Baum diese Sätze einmal in Ruhe liest, ist er über die Kühnheit seiner Ausführungen sicherlich auch erstaunt. Daß die Löhne in den genannten Ländern niedriger sind als in Deutschland, stimmt. Zu einer Differenz von 50 Prozent kommt man aber nur, wenn man den höchsten deutschen Lohn in Vergleich stellt zu dem niedrigsten pol-

nischen oder tschechischen Lohn. Wenn die Unternehmer Lohnvergleiche anstellen, dann müssen sie aber auch die Arbeitsleistung der deutschen und der ausländischen Arbeiter berücksichtigen. Wenn in Deutschland der Stundenlohn 1 Mt. beträgt und in Polen 70 Pf., dann arbeitet der Deutsche immer noch billiger als der Pole.

Übrigens weiß Herr Baum, wie aus seinen Ausführungen kurz vor den oben zitierten Sätzen hervorgeht, sehr gut, daß die Holzhändler uns nicht wegen der nied-

## Herbsthoffnung!

Die Blätter werden rot und gelb,  
Es zieht der Nebel übers Feld,  
Und sibirig feucht glänzt Kraut und Gras,  
Von allen Bäumen tropft es naß.

Es ist so schuckernd ungemütlich,  
Kein Vogelsang mehr traut und friedlich;  
Die Störche sind hinweggeflogen,  
Die Schwalben alle fortgezogen.

Nur Raben lärmen überm Wald,  
Wie Grabesruf ihr Krächzen schallt. —  
Es wischt des Sommers letzte Spur  
Ein kalter Wind aus Kain und Flur.

Nicht lange mehr, dann schließt die Welt,  
In Flocken Schnee vom Himmel fällt  
Und deckt Natur zur Winterruh',  
In Nacht, mit Weiß und Schweigen zu. —

Doch folgt nach langer Winternacht  
Der Frühling einst in neuer Pracht;  
Es geht die trübe Zeit vorbei,  
Die Sonne steigt vereint im Mai.

J. de Kort.

rigeren Löhne überlegen sind, sondern wegen des billigen Holzes. Deutschland hat zu hohe Holzpreise, und das ist die Hauptursache der mangelhaften Konkurrenzfähigkeit der deutschen Holzindustrie auf dem Weltmarkt. Herr Baum hat ausgeführt: „Wir haben unsererseits bisher keinen Anspruch erhoben auf Senkung der Zölle für unsere Hauptrohstoffe, Rund- und Schnittholz, obwohl wir über ein Drittel des Bedarfs aus dem Auslande holen müssen und in den teuren Holzversorgungsmöglichkeiten gerade eine Quelle unserer geringen Konkurrenzfähigkeit begründet liegt.“ — Also

Die Unternehmertagung hat folgende Entschlie-  
gungen angenommen:

„Angesichts der außerordentlich bedrohten Entwicklung der handelspolitischen Lage der deutschen Holzverarbeitenden Industrie hält es der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie für sehr bedenklich, wenn das äußerst niedrige deutsche Zollniveau für Holzfertigwaren anlässlich der Zollsenkungsaktion der Reichsregierung autonom eine weitere Senkung erfahren würde. Eine Ermäßigung der geltenden Holzwarenzölle würde viele Zweige der Holzverarbeitenden Industrie, die schon heute in schärfstem Wettbewerb mit dem Auslande auf den Inlandsmärkten stehen, aufs schwerste bedrohen. Es muß vielmehr für verschiedene Holzwaren angehts der bedrohlichen Zunahme der von wesentlich niedrigeren Produktionskosten begünstigten ausländischen Konkurrenz verschiedene Waren eine angemessene Zoll-  
erhöhung gefordert werden.“

Nachdem bereits in den Handelsverträgen mit Schweden und Finnland wichtige Zweige der deutschen Holzverarbeitenden Industrie geopfert worden sind, hält der Wirtschaftsverband auch weitere vertragsmäßige Senkungen der Holzwarenzölle anlässlich der Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei, Polen und Litauen nicht für tragbar, zumal in den bisher abgeschlossenen Handelsverträgen keine neuen Exportmöglichkeiten erschlossen worden sind.

Sollten trotz unserer schweren Bedenken weitere Ermäßigungen für Holzfertigfabrikate zugestanden werden, so ist eine gleichzeitige weitgehende Senkung der deutschen Rund- und Schnittholzzölle erforderlich, damit sich die Wettbewerbsverhältnisse mit dem Auslande nicht noch mehr zuungunsten der deutschen Holzverarbeitenden Industrie verschieben. Diese Forderung erscheint um so mehr berechtigt, als viele Holzfertigfabrikate heute eine geringere Zollbelastung genießen als Schnittholz.

Auch müßten im Falle einer weiteren Ermäßigung deutscher Holzwarenzölle auch nennenswerte Zugeständnisse für hochveredelte deutsche Holzfertigzeugnisse, für welche Konkurrenzfähigkeit bei mäßigen Zöllen an und für sich besteht, beim Export nach Polen und der Tschechoslowakei erreicht werden.“

Zu dieser Entschlie-  
gung wird gelegentlich noch einiges zu sagen sein. Inzwischen empfehlen wir den Herren vom Wirtschaftsverband den Ruf: „Mehr Weitz und Licht und Not!“ im „Zentralblatt für den deutschen Holzhandel“ vom 29. September zum fleißigen Studium.

## Die Berliner Holzindustrie nach der Gewerbezahlung.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin veröffentlicht die vorläufigen Ergebnisse der Betriebszahlung vom Juni 1925. Für die Holzindustrie wurden 8965 Betriebe mit 70 404 Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte und Unternehmer) gezählt. Berlin hat also eine sehr umfangreiche Holzindustrie. Um die Bedeutung der Berliner Holzindustrie im Rahmen der gesamten deutschen Holzindustrie zu veranschaulichen, ist errechnet worden, wieviel Prozent von den 220 888 Betrieben und 1 019 301 beschäftigten Personen in ganz Deutschland auf Berlin entfallen. Dabei ergibt sich folgendes Bild:

Gewerbegruppe	Betriebe		Beschäftigte Personen	
	Zahl	% der Gesamtsumme	überhaupt	darunter weibliche
<b>Holz- u. Schnitzstoffgewerbe.</b>				
1. Sägewerke und Holzbearbeitung . . . . .	67	0,7	2139	1,8
Darunter:				
Säge- und Hobelwerke . . . . .	55	0,6	1253	1,0
Fäbriker-, Schäl- und Sperrholzwerke . . . . .	2	2,3	446	7,6
2. Möbelindustrie und Holzhausbau . . . . .	4806	4,5	80758	7,1
Darunter:				
Bau- und Möbelschlerei . . . . .	1869	2,8	6177	3,0
Türen, Fenster, Treppen . . . . .	209	6,3	1059	10,5
Parkettstöße und -platten . . . . .	17	5,3	246	7,1
Möbelfertigung . . . . .	2160	7,4	19590	11,0
Sitzmöbel . . . . .	93	6,8	505	3,1
Innenhausbau . . . . .	81	29,0	743	27,9
Modellschlerei . . . . .	107	13,4	1144	21,6
3. Holzwarenindustrie . . . . .	1113	6,1	5261	7,0
Darunter:				
Haus- und Küchengeräte . . . . .	25	2,3	166	1,9
Schuhleisten, Holzschuhe, Pantoffelhölzer . . . . .	70	1,8	183	1,9
Drechserei u. Bildhauerei . . . . .	779	8,2	1913	6,9
Leisten und Rahmen . . . . .	151	26,0	2026	22,0
4. Risten- und Faßindustrie . . . . .	291	1,9	2256	4,6
Darunter:				
Kistenherstellung . . . . .	116	8,9	1648	8,9
Fässer, Faßholz, Böttcherei . . . . .	172	1,2	695	2,3
5. Stellmacherei und Holzwagenbau . . . . .	483	1,2	6999	6,7
6. Turn- und Sportgeräte . . . . .	158	16,6	1076	14,7
7. Stöcke, Schrämen, Bettstegen . . . . .	420	15,4	1813	12,3
8. Blei- und Farbstifte, Federhalter . . . . .	10	6,4	230	3,1
9. Rämme und Haarschmud . . . . .	32	11,0	578	11,4
10. Knöpfe u. ähnliche Waren . . . . .	203	10,8	3581	17,2
Darunter:				
Knöpfe . . . . .	121	11,9	2952	20,2
Waren aus Bernstein, Elfenbein usw. . . . .	82	9,9	629	10,1
11. Korbwarenherstellung . . . . .	428	2,3	1145	2,4
Darunter:				
Korbwaren . . . . .	261	1,6	677	2,1
Korbmöbel . . . . .	121	6,8	306	3,4
Herstellung sonstiger Geflechtwaren . . . . .	41	4,2	162	2,8
12. Bürsten, Besen und Pinsel . . . . .	219	3,2	1193	3,0
13. Veredlung von Holz- und Schnitzwaren . . . . .	333	17,8	1085	22,1
14. Korbwaren . . . . .	18	6,6	98	2,4
15. Holz- und Korkmehl . . . . .	—	—	—	—
<b>Zusammen</b>	<b>8376</b>	<b>3,8</b>	<b>58207</b>	<b>6,2</b>
<b>Rustinstrumentenbau- und Holzspielwarenindustrie.</b>				
1. Musikinstrumente . . . . .	582	6,3	12111	19,0
Darunter:				
Pianos . . . . .	414	22,5	9258	28,1
Harmonien und Orgeln . . . . .	6	1,9	6	0,2
Streichinstrumente, Saiten . . . . .	36	1,9	100	1,5
Trommeln, Schlagzeuge . . . . .	—	—	—	—
Trompeten . . . . .	22	3,3	58	2,2
Musikwerke . . . . .	21	21,4	104	9,7
Sprechmaschinen . . . . .	58	36,9	2573	52,2
2. Holzspielwaren . . . . .	7	0,3	86	0,8
<b>Zusammen</b>	<b>589</b>		<b>12197</b>	<b>18,6</b>
<b>Holzindustrie insgesamt</b>	<b>8965</b>	<b>3,9</b>	<b>70404</b>	<b>6,9</b>

Zunächst die Holzindustrie als Ganzes: Von je 100 Betrieben entfallen 3,9 und von je 100 Beschäftigten 6,9 auf Berlin. Diese hohen Prozentsätze werden von einigen Branchen noch weit übertroffen. Von je 100 Betrieben und von je 100 Beschäftigten entfallen auf Berlin bei den Sprechmaschinen 36,9 und 52,2, Innenbau 29,0 und 27,9, Leisten und Rahmen 26,0 und 22,0, Pianos 22,5 und 28,1. Weit unter dem Gesamtdurchschnitt bleiben Holzwaren, Säge- und Hobelwerke und noch einige andere in die Zusammenstellung nicht mit aufgenommenen Branchen

# Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das zweite Vierteljahr 1927.

Einnahmen	Für die Verbandskasse		Für die Lokalkassen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Beiträge zu 150 Pf.	595 408	50	—	—
" " 120 "	600 901	20	—	—
" " 100 "	399 741	—	—	—
" " 80 "	138 211	70	—	—
" " 80 "	248 603	20	—	—
" " 70 "	107 360	40	—	—
" " 60 "	111 478	40	—	—
" " 50 "	53 809	50	—	—
" " 40 "	38 931	60	—	—
" " 30 "	18 159	50	—	—
" " 10 "	13 756	60	—	—
<b>Totalbeiträge</b>			281 308	95
Zinsen	37 982	98	8 090	20
Sonstige Einnahmen	6 461	72	48 751	61
Anteil an den Beiträgen	—	—	535 370	23
Guthaben der Lokalkassen	14 856	29	—	—
Guthaben von der Hauptkasse zurück	—	—	26 237	67
Lokalkassenausgleich am Schluß des 2. Viertelj. 1927	—	—	40 682	53
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>2 387 660</b>	<b>59</b>	<b>935 440</b>	<b>19</b>

Ausgaben	Für die Verbandskasse		Für die Lokalkassen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Für Streiks und Aussperrungen	278 654	87	30 927	70
" Lohnverhandlungen	9 062	56	10 675	55
" Arbeitslosenunterstützung	156 300	—	—	—
" Krankenunterstützung	120 818	81	—	—
" Hilfsunterstützung	9 748	15	—	—
" Umzugunterstützung	2 724	—	—	—
" Notfallunterstützung	2 108	—	65 275	20
" Unterstützung in Sterbefällen	25 550	—	—	—
" Gemäßregeltemunterstützung	2 440	85	—	—
" Rechtsschutz und Prozeßkosten	3 531	40	—	—
" „Holzarbeiter-Zeitung“	77 020	50	—	—
" Jugendblatt und Betriebsrat	6 352	70	—	—
" „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“	586	15	—	—
" Bibliotheken	1 061	98	—	—
" Agitation	35 353	63	35 490	84
" Agitation durch die Gauvorstände	82 354	12	—	—
" Druck- und Buchbinderarbeiten	17 600	75	20 327	02
" Konferenzen und Delegationen	55 704	70	—	—
" Verwaltungskosten (persönliche)	64 048	50	240 434	90
" (sachliche)	19 862	83	71 126	72
Beiträge an die Intern. Union	3 808	15	—	—
An den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund	24 618	15	48 442	26
Kosten des Verbandstages	63 487	10	—	—
Zinsen für Darlehn	3 768	35	—	—
Einkassierung der Beiträge	—	—	127 160	15
Guthaben bei der Hauptkasse	—	—	14 856	29
Lokalkassenausgleich am Schluß des 1. Viertelj. 1927	—	—	51 573	97
Sonstige Ausgaben	6 913	—	27 363	—
Anteil der Lokalkassen an den Verbandsbeiträgen	535 370	23	—	—
Guthaben der Lokalkassen vom vorigen Vierteljahr	26 237	67	—	—
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>1 646 765</b>	<b>22</b>	<b>758 653</b>	<b>98</b>

Geprüft und für richtig befunden.

Berlin, den 12. Oktober 1927.

Die Revisoren: Hermann Urban, Franz Lowack, Theodor Wiermeister

### Zur Abrechnung.

Die Zahl der Verwaltungsstellen, die im ersten Vierteljahr 1927 ihren Höchststand mit 1380 erreicht hatte und seitdem ständig gesunken war, hat sich im zweiten Vierteljahr 1927 erstmalig wieder um 2 auf 1176 erhöht.

Neu aufgenommen wurden im zweiten Vierteljahr 1927 18 806 männliche, 2244 weibliche und 3392 jugendliche, insgesamt 24 442 Mitglieder. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1927 hat sich die Gesamtzahl der Aufnahmen um 65 Prozent erhöht.

Die Mitgliederzahl betrug im 1. Vierteljahr 1927

230 546 männliche  
18 718 weibliche  
19 119 jugendliche

insges. 268 383 Mitglieder

Die Zahl der männlichen Mitglieder erhöhte sich im zweiten Vierteljahr 1927 um 8361, die der weiblichen um 1046 und die der jugendlichen um 769. Die Gesamtmitgliederzahl stieg um 10 176 gleich 3,8 Prozent.

im 2. Vierteljahr 1927

238 907 männliche  
19 764 weibliche  
19 888 jugendliche

insges. 278 559 Mitglieder

Die Einnahme aus Beiträgen erhöhte sich von 2 053 042,10 Mark im ersten auf 2 328 350,60 Mk. gleich 13,4 Prozent im zweiten Vierteljahr 1927.

Die Ausgaben für Streiks und Lohnbewegungen stiegen von 141 339,41 Mk. im ersten auf 288 617,43 Mk. im zweiten Vierteljahr 1927. Dagegen gingen die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung von 357 739,88 Mk. auf 156 360 Mk. und die für Krankenunterstützung von 172 256,23 Mk. auf 120 818,81 Mk. zurück.

## Bücher und Zeitschriften

**Der Wagner.** 28 Darstellungstafeln und Textheft von Fachlehrer F. D. L. F. M. A. N. (Kaiserstaaten). Verlag des Pfälzischen Wagnerinnungsverbandes, St. Neustadt a. d. Saardt. Preis 5 Mk. — Das Werk führt den Lernenden zunächst in die Grundlagen der Zeichentechnik ein. Ferner gibt es eine Darstellung der vorzugsweise zu benutzenden Werkzeuge mit Anleitung zur zweckmäßigsten Behandlung derselben. Weiter bringt es eine Reihe hochwertiger Rad- und Gestellkonstruktionen mit den wichtigsten Holzverbindungen sowie der Angabe von Normalmaßen für die einzelnen Teile. Zu beachten ist, daß sich die Vorlagen nur auf den Bau der von Pferden gezogenen Wagen erstrecken, also nicht auf den Automobilbau.

**Taschenbuch des Arbeitsrechts.** Von Dr. A. Kallek und Dr. Paul Gros. Taschenformat. 680 Seiten. Preis in Leinen gebunden 6,80 Mk. Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstraße 7. — Zu diesem von uns wiederholt empfohlenen besprochenen Buche ist jetzt ein neuer „Zahlenanhang“ erschienen, der den Inhalt des Taschenbuches auf den neuesten Stand bringt. Der „Zahlenanhang“ kostet 1,50 Mk. Neubestellern des Taschenbuches wird er kostenlos mitgeliefert.

**Geetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927.** Einführung, Gesetz und Sachregister von R. Böbling, Obermagistratsrat in Berlin. Band X der Sammlung „Das Arbeitsrecht Deutschlands“. Industrieverlag Spach u. Linde, Berlin W. 10. Preis gebunden 2,80 Mk., in Leinen gebunden 3,60 Mk.

**Die deutsche Elektrizitätsversorgung.** Herausgeber: Deutscher Metallarbeiter-Verband, Stuttgart. Preis des in Ganzleinen gebundenen Buches für Gewerkschaftsmitglieder 5 Mk., im Buchhandel 8 Mk. — Der Metallarbeiter-Verband unternimmt mit diesem Werk den Versuch, eine allgemeinverständliche Übersicht über die deutsche Elektrizitätswirtschaft zu geben. Das Buch schließt mit der Forderung auf Überführung der Elektrizitätswirtschaft in öffentliche Hand.

**Der Vollsverband der Bucherfreunde** verleiht jetzt seinen 10 Seiten umfassenden Weihnachtskatalog. Unter seinen diesjährigen Weihnachtsneuerwerbungen finden sich Romane von Bernard Shaw, Edna Ferber, Fritz Hed-Kallegewen, Heni Clair; Erzählungs- und Novellenbände von Ernst Bücker, Fritz Philipp, Ottilie Wildermuth, Kompanant; ferner neben anderen ein kulturgeschichtliches Handbuch: O. R. Ludwig, Die Ribbelungenstraße, und eine erregende Mozart-Biographie von R. Baumgartner, dem bekannten Leiter des Salzburger Mozarteums. Dieses ausgezeichnete Programm übertrifft sowohl durch seine Zielvorgabe als auch durch die erstaunlich niedrigen Preise bei unübertroffener Ausstattung jedes einzelnen Wertes. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle Berlin-Charlottenburg, Bernauer Straße 42/43.

**Der Wahre Jakob.** Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Die Nummer 9 dieser empfindenswerten Zeitschrift ist dem 9. November gewidmet. „Der Wahre Jakob“ ist überall zu haben. Die Nummer 10 ist ebenfalls erschienen.

**1 Bandfägeschneider,** tüchtiger, sofort für dauernde Beschäftigung gesucht. Reheirateter bevorzugt. 3-Zimmer-Wohnung mit etwas Gartenland kann am 1. Dez. d. J. zur Verfügung gestellt werden. **Sigmundfabrik, G. m. b. H., Nordhaßfurt in Saalein.**

**10 tücht. Kochmänner** auf Mattarbeit sofort gesucht. Carl Pieper, Kochschule, Bremen, Am Wall 194.

**1 Drechsler,** tüchtig, sofort in Holzwerkzeugfabrik gesucht. Gehalt evtl. vorh. Ant. Künzner, Tisch- u. Stuhlbr., Delfa (Sa. Dresd.).

**Tischlerschule** Blankenburg am Harz Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

**Engl. Bildhauer-Werkzeuge** Verlangen Sie sofort neue Preise. Tischler-Werkzeug-Neuheiten. **Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.**


**Eiserne Schraubzwingen** mit Stahlsciene u. Kugeldruckplatte 20 cm Spannweite pro Dtd. 24 Mk. 25

**Schraubknechte** 100 120 140 160 cm Spannweite 5,50 6.— 7.— 7.— Mk. pro Stück freies Station. Garantief. jed. Stück. **Max Walther, Dresden 22.**

**Hobelbänke,** Ia Qualität, süddeutsche Ausführung. Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz, 200 cm Blattlänge, mit Stahlspindel, zum Reklamepreis von 95 Mk. mit Verpackung frei ab jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprüfungsstelle gegen 20 Pf. Briefmarken. **Max Walther, Dresden 22, Reicheider Str. 53.**

**Sportschlittenskufen** Esche, gebogen, prima Qualität. 100 120 140 160 cm Holzlänge 1,70 2,20 2,50 2,80 Mk. pro Paar ab Lager geg. Nachnahme. Zum Versand gelangt nur beste, ausgesuchte, astreine Ware. Lieferung sofort. Preise für Ringelkufen und Schneeschuhe auf Anfrage. **M. Walther, Dresden-N. 22, Reicheider Str. 53.**

**Laufwerke** komplett mit Tonführungen, für Fachleute zu haben. **Sprechmaschinen-Fabrikation O. Elze, Braunschweig, An der Petrikirche 2.**



**Als Schwerarbeiter**

man muß auf das Handen verzichten. Es hindert dabei und ist ungesund. Ein guter Priem ist auch viel billiger. Ich verleihe nur den berühmten echten Hanewader aus Nordhausen, wie mein Vater, Großvater u. Urgroßvater, die dabei gesund geblieben und alt geworden sind. Seit 110 Jahren stellt die Firma G. A. Hanewader diesen ungeschätzten Kostbarkeits her. Sie hat es bewiesen, worauf es ankommt, das merkt man an der Lautstärke. **Merken Sie sich: „Hanewader“!**

**Geim- u. Furnieröfen** fertig als Spezialität (Brosch. gratis) **Gebr. Bettfinger, Freiburg i. B.**

**Hobelbänke** Ia Qualität. Blatt, beste ged. Roth. Eisensp., sämtl. Größ., 2 m lg., 75 Mk. **Karl Ramisch, Pirna, Gartenstr. 4**

**Intarsien jeder Art** Musterbogen geg. 20 Pf. i. Briefmarken. **E. Biller, Heidelberg, Theaterstr. 7.**

**Photo Apparate** sehr leichte Zahlungsweise Preisliste kostenfrei **Dresdensia Kamera-Vertrieb Dresden-A. h. Spezialhaus für Fotografie**

**Kollegen! Vorzugsangebot für Hobelbänke!** Schwere Ausführung, gedämpfte Rothbuche, 2 m lang, Stahlspindel, 80 Mk. inkl. Verpackung. Jede andere Bank billiger. Katalog 20 Pf. Bauhütten-Verb.-Verb. Schles., Abt. Werkzeuge, Liegnitz, Gleiwitzer Str. 1.

**Alles zur Laubsägerei** Herbstkntt, Holzbrand, liefert J. R. Sabn, Magdalenstr. 11 (Pfalz). Preisliste gratis und franko!

**FUNKTIONÄR TASCHEN** als Zelttaschen, Mitgliedtaschen und Markenmappen sowie Hartgeldbeutel, Bezirksleiter taschen und Aktentaschen empfehlen sich. **Merkel & Co., Meissen, Hirschbergstr. 41.** Langjähr. Lieferanten der freien Gewerkschaften. — Preislisten werden gern zur Verfügung gestellt.

**Sprechapparate, Musikinstrumente**





Kaufen Sie nur bei einem alt eingeführten Spezialgeschäft!

**Sprechapparate** m. wunderbar. Ton. 3 Jahre Garantie. Beste Werke. Laufzeit **44.—** Prima Möbelarbeit.

**Nr. 1.** Echt Eiche, gutes Werk, alle Platten spielend, Konzertschalldose, ohne Haube, Holztonarm. **21.—** 31x31x16 cm. . . . .

**Nr. 3.** Mit Haube, echt Eiche, best. Konzertapparat, runde Tonführung, gutes Werk. . . . . **35.—**

Direkter Versand an Private! Alle Aufträge über 9 Mk. führe portofrei an! Eigene Fabrikation, daher niedrige Preise bei garant. Qualität. 3 Jahre Garantie. Verlangen Sie großen Jubiläumskatalog gratis. Jährlich etwa 3000 Dankschr. Garantie: Umtausch gestattet. Kein Risiko. Streng rechtl.

**Ernst Heß Nachf.,** Stammfabrik **Klingenthal** 1. Sa. instr. 1872, 111. **Erstes und ältestes Musikinstrumenten-Versandgeschäft.**

**Neuheitenverlag G. Patze, Wilmersdorf-Bln. Brandeb. Straße 35.**

Anfolge vorzügl. Einkaufsmöglichkeit bin ich in der Lage, folg. Angebot zu machen:

**Streichholz-Büchsen** Stock verpackt, innen gold. für Jedermann ein guter Gebrauchsgegenstand u. schönes Präsent. Früher das Stück 3 Mk., jetzt 1 Stk. 23 Einstd. von 90 Pf. ftk. 2 St. 1.60, 6 St. 4.50, 12 St. 8.50 Mk.

**Einhand-Rädchenfeuerzeuge** hochwertige Arbeit, gleichgültig wie das mehr als doppelt teure Auslandsfeuerzeug ähnlich. Konstruktion. Hochfein verfertigt. Gegen Vereinfachung: 1 St. 3.—, 2 St. 5.50, 6 St. 15.—, 12 St. 27.— Mk. ftko.

**Gas-Anzunder** in Pfeifenform, für Küche u. Haus. Unendl. viele Gündgn. 1 St. gegen Vorherreinlebung. 70 Pf., 2 St. 1.10, 6 St. 3.—, 12 St. 5.20 Mk. ftko. Die Waren gelangen nach Vereinfachung des Vertrages in tabellarischer Weise zur Verfügung. Man zahle per Nachweisung oder auf mein Postkonto. **Neuheitenverlag G. Patze, Berlin 147630.**